FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Bad Pirawarth - Kollnbrunn

Ausgabe - Mai 2026 | 560642/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Voranschlag 2026

Budget ohne Kurs: Warum wir dagegen sind

Der Voranschlag 2026 wurde zuerst abgelehnt und kurz darauf – nahezu unverändert – doch beschlossen. Für uns ist das nicht nachvollziehbar. Warum wir diesem Budget weiterhin nicht zustimmen konnten und wo die größten Schwachstellen liegen, lesen Sie auf Seite 2.



Klima & Natur

Windkraft in der Gemeinde

Steigende Netzkosten und Eingriffe in unsere Landschaft zeigen: Es braucht verantwortungsvolle Entscheidungen für unsere Gemeinde.

Seite 4 u. 6

Dringlichkeitsantrag

Schutz der Bauern abgelehnt

Die ÖVP verweigerte die Dringlichkeit. Unser Antrag zum Schutz der heimischen Landwirtschaft wurde nicht behandelt.

Seite 3

Kommt vorbei:

Veranstaltungen

Einladung zum Spritzertag
13.05.2026 ab 15:00
Neubaugasse 6

Seite 8

Voranschlag 2026

Zweimal abgestimmt, kaum verändert



Der Voranschlag 2026 wurde im Gemeinderat gleich zweimal behandelt. Beim ersten Versuch wurde dieser noch mehrheitlich abgelehnt. Beim zweiten Anlauf – obwohl inhaltlich kaum sinnvolle Änderungen vorgenommen wurden – fand sich plötzlich doch eine Mehrheit. Für uns ist das nicht nachvollziehbar.

Die FPÖ bleibt bei ihrer klaren Linie: Einem Voranschlag, der in wesentlichen Punkten nicht überzeugt, kann man auch im zweiten Versuch nicht zustimmen.

Zu wenig Auseinandersetzung mit dem wichtigsten Thema des Jahres

Der Voranschlag ist der wichtigste Tagesordnungspunkt eines ganzen Jahres. Hier wird festgelegt, wofür Geld des Steuerzahlers ausgegeben wird und wohin sich die Gemeinde entwickelt. Umso bedenklicher ist der Eindruck, dass sich ein Großteil der Mandatare damit nicht ausreichend beschäftigt hat. Es drängt sich der Verdacht auf, dass viele den Voranschlag weder im Detail angesehen noch wirklich verstanden haben. Dabei geht es hier um Millionenbeträge und die Zukunft unserer Gemeinde. Positiv ist, dass es selbst innerhalb der Bürgermeisterpartei kritische Stimmen gibt.

Das zeigt: Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Zahlen führt zu einer deutlich kritischeren Bewertung.

Hohe Personalkosten bleiben ein zentrales Problem

Ein wesentlicher Grund für unsere Ablehnung sind die Personalkosten. Für eine Gemeinde unserer Größe sind diese aus unserer Sicht deutlich zu hoch angesetzt. Noch problematischer ist der Widerspruch zum eigenen Konsolidierungskonzept: Dort wird ausdrücklich festgehalten, dass gerade bei den Personalkosten eingespart werden soll.

In der Praxis ist davon nichts zu sehen:

- Voranschlag 2026 (erste Version): 1.326.000 €
- Voranschlag 2026 (zweite Version): praktisch unverändert, sogar leicht höher mit 1.328.200 €

Das ist kein Sparen – das ist Stillstand.

Ein Budget muss nachvollziehbar, ehrlich und zukunftsorientiert sein.

Wir werden weiterhin genau hinschauen und uns konsequent für eine saubere und nachvollziehbare Budgetpolitik einsetzen.

Mitgliedschaften der Gemeinde kritisch hinterfragt

Die Marktgemeinde Bad Pirawarth ist Mitglied in verschiedenen Organisationen und Verbänden, wie etwa der Kulturvernetzung Niederösterreich, der Leaderregion Weinviertel Ost oder der Kleinregion südliches Weinviertel.

Aus unserer Sicht stellt sich hier die berechtigte Frage nach dem tatsächlichen Nutzen dieser Mitgliedschaften. Wir sehen diese Ausgaben kritisch, da der konkrete Mehrwert für die Gemeinde und ihre Bürger oft nicht klar erkennbar ist. Gerade in Zeiten, in denen von Einsparungen gesprochen wird, muss jede Ausgabe genau geprüft werden.

Für uns ist entscheidend:
Der Kosten-Nutzen-Faktor muss nachvollziehbar sein und einen spürbaren Vorteil für die Bevölkerung bringen.

Wir sprechen uns daher dafür aus, bestehende Mitgliedschaften regelmäßig zu evaluieren und kritisch zu hinterfragen.

Dringlichkeitsantrag zum Schutz unserer Bauern abgelehnt



In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich klar für den Schutz unserer heimischen Landwirtschaft einsetzt. Hintergrund sind aktuelle Entwicklungen rund um das Mercosur-Abkommen sowie zunehmende Ukraineimporte, die unsere Bauern massiv unter Druck setzen.

Ziel war es, ein deutliches Signal für faire Wettbewerbsbedingungen, gegen Billigimporte und für eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln zu setzen.

Die Dringlichkeit dieses Antrags wurde jedoch mit den Stimmen der ÖVP nicht zuerkannt. Damit wurde verhindert, dass sich der Gemeinderat überhaupt inhaltlich mit diesem wichtigen Thema auseinandersetzt.

Für uns ist das unverständlich.

Während unsere Bauern unter immer strengeren Auflagen arbeiten und gleichzeitig durch Mercosur-Importe und Ukraineimporte einem massiven Preisdruck ausgesetzt sind, wäre es gerade jetzt notwendig gewesen, ein klares politisches Zeichen zu setzen.

Die FPÖ steht hier klar auf der Seite der heimischen Landwirtschaft und der Konsumenten. Wir wollen faire Bedingungen für unsere Bauern und Transparenz für die Bevölkerung.

Umso irritierender ist das Verhalten der ÖVP, die sich gerne als „Bauernpartei“ bezeichnet. Wenn es jedoch konkret wird, fehlt offenbar der Wille, Initiativen zum Schutz unserer Landwirte überhaupt zuzulassen.

Die FPÖ wird dieses Thema auf allen politischen Ebenen aufgreifen und sich weiterhin konsequent für unsere Bauern einsetzen.



Windräder – mit Hausverstand statt Ideologie

Wir stehen klar für sinnvolle Maßnahmen zur CO_2-Reduktion – aber nicht um jeden Preis.



Unsere Heimat, unsere Felder und Wälder sind weit mehr als nur Flächen für technische Projekte. Sie sind Lebensraum für Tiere, wichtig für unser Klima und ein natürlicher Filter für Luft und Wasser.

Gleichzeitig sehen wir die Realität:
Die Netzkosten steigen massiv – und die Belastung trifft alle Bürger.

Für uns ist klar:
Es braucht einen verantwortungsvollen Umgang mit unserer Natur und keine überstürzten Entscheidungen zulasten unserer Gemeinde.

Wir sind für euch da!

Während der gesamten Gemeinderatsperiode stehen wir für eure Anliegen und Fragen jederzeit zur Verfügung. Um dies zu unterstreichen, findet ihr hier unsere Kontaktdaten:

Thomas (Josy) Klima
Tel.: +43 664 5321193
E-Mail: klima_josy@hotmail.com

Karl Strebl
E-Mail: strebl.karl7959@gmail.com

Patrick Blei
Tel.: +43 660 3465431
E-Mail: patrick.blei010@gmail.com

Zögert nicht, euch bei uns zu melden – wir kümmern uns um eure Anliegen!



Jetzt mitmachen – für eine starke freiheitliche Stimme in Bad Pirawarth!

Wir als FPÖ Bad Pirawarth/Kollnbrunn freuen uns über neue Mitstreiter und Mitglieder, die mit uns gemeinsam etwas bewegen wollen. Wenn auch du freiheitliche Politik auf Gemeindeebene mitgestalten möchtest, dann werde Teil unseres Teams! Einfach bei uns melden – wir freuen uns auf dich!

HQ100-Bausperre:

Hochwasserschutz braucht Verantwortung, keine Schnellschüsse



HQ100 steht für ein hundertjährliches Hochwasser und damit für ein reales Gefährdungspotential für unsere Gemeinde. Aus genau diesem Grund wurde im August 2025 eine Bausperre erlassen. Ziel war es, betroffene Flächen vor einer vorschnellen Bebauung zu schützen und ausreichend Zeit für eine fundierte Beurteilung der tatsächlichen Gefährdung zu gewinnen.

Wie auch in den Unterlagen festgehalten ist, wurde bereits bei Erlassung der Bausperre darauf hingewiesen, dass weiterführende Analysen notwendig sind und diese mit entsprechendem Zeitaufwand verbunden sein werden. Die Bausperre war daher von Anfang an als Vorsichtsmaßnahme gedacht – bis eine klare Entscheidungsgrundlage vorliegt. Zum Zeitpunkt der Behandlung im Gemeinderat war diese Grundlage jedoch noch nicht vollständig gegeben. Die laufenden Abflussuntersuchungen waren noch nicht abgeschlossen, konkrete Ergebnisse lagen nicht vollständig vor. Ebenso fehlten klare Aussagen zu notwendigen Schutzmaßnahmen, zu den tatsächlichen Kosten für die Gemeinde sowie zu möglichen Förderungen durch das Land.

Trotz dieser offenen Punkte wurde eine teilweise Aufhebung der Bausperre beschlossen. Begründet wurde dies unter anderem damit, dass bestimmte Flächen innerhalb eines geschlossenen Ortsgebiets liegen und daher unter gewissen Voraussetzungen von der Bausperre ausgenommen werden können. Dass diese Möglichkeit rechtlich besteht, ist unbestritten. Entscheidend ist jedoch, ob eine solche Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt auch verantwortbar ist.

Wir haben daher gegen die Aufhebung gestimmt. Denn solange keine konkreten Maßnahmen umgesetzt sind und keine vollständigen Informationen vorliegen, wäre eine Aufhebung ein unnötiges Risiko. Ein hundertjährliches Hochwasser ist kein theoretisches Szenario – im Ernstfall sind die Auswirkungen für die betroffenen Bürger und die Gemeinde erheblich.

Gerade deshalb braucht es hier einen verantwortungsvollen Zugang. Entscheidungen dieser Tragweite dürfen nicht auf Basis unvollständiger Informationen getroffen werden. Zuerst müssen alle Fakten geklärt sein – von der tatsächlichen Gefährdung über die geplanten Maßnahmen bis hin zu den finanziellen Auswirkungen. Die Bausperre wurde zum Schutz der Bevölkerung erlassen. Solange dieser Schutz nicht durch konkrete und wirksame Maßnahmen ersetzt wird, darf er nicht leichtfertig aufgegeben werden.

Sicherheit muss Vorrang haben.

Gastkommentar von LAbg. Dieter Dorner, Energiesprecher der FPÖ im NÖ-Landtag

Netzgebühren galoppieren – und die Menschen zahlen



Ich sage es klar: Nicht der Energiepreis allein treibt die Rechnung – die **Netzgebühren steigen kräftig.** Genau hier liegt das Problem der aktuellen Ausbaupolitik mit immer mehr Windrädern und riesigen Photovoltaik-Feldern.

Die Regierung will in den nächsten Jahren über 50 Milliarden Euro in den Netzausbau stecken – laut AK-Studie rund 53 Mrd. Euro in den nächsten 15 Jahren. Diese Milliarden zahlen die Kunden – **mit Zusatzkosten von über 1.000 Euro pro Haushalt im Jahr bis 2040.** Das ist meine Einschätzung auf Basis der genannten Studie. Jede zusätzliche Großanlage bedeutet neue Leitungen, Umspannwerke und Reservekapazitäten – **Kosten, die über die Netzgebühren bei den Haushalten landen.**

Warum noch mehr Wind und PV die Netzkosten treiben

- Nicht grundlastfähig: Wind und Sonne schwanken. Es muss immer ein Back-up bereitstehen – konventionelle Kraftwerke, Speicher, teure Netzeingriffe.

- Mehr Infrastruktur: Neue Leitungen, Netzverstärkungen, Regelenergie – alles Milliardenaufwand.

- Fix auf der Rechnung: Netzgebühren zahlen alle – unabhängig davon, wie sparsam ein Haushalt ist. Niederösterreich leistet schon jetzt sehr viel.

Gerade Niederösterreich – besonders das Marchfeld und das Weinviertel – **leistet bereits einen überproportionalen Beitrag.**

Ich halte nichts davon, einzelne Regionen weiter zu überziehen, während andere Bundesländer kaum beitragen. Faire Verteilung statt einseitiger Belastung.

Landschaft und Lebensqualität zählen

Großflächige Anlagen verändern unser **Heimatbild:** hohe Türme, Blinklichter, großflächige PV-Freiflächen. Das betrifft **Erholungswert, Tourismus und Lebensqualität.**

Wer hier lebt, **muss mitreden** – per Volksbefragung, **nicht** per Bescheid aus der Amtsstube.

Mein Ansatz: Vernünftig statt ideologisch

- Netz zuerst, dann Zubau: Ohne belastbares Netz keine neuen Großparks.

- Dezentral statt Freifläche: Dach-PV, Parkplätze, Lärmschutzwände – Strom dort erzeugen, wo er gebraucht wird.

- Speicher & Technologieoffenheit: Speicher, KWK, moderne Steuerung – Sicherheit vor Symbolpolitik.
- Regionale Fairness: Keine einseitige Last für einzelne Bezirke.

- Bürger entscheiden lassen: Keine weiteren Umwidmungen ohne Volksbefragung.

Ich bin für **vernünftige** Energielösungen – aber **blindes Drauflosbauen** treibt die **Netzgebühren** und schwächt die **Versorgungssicherheit. Jedes zusätzliche Windrad und jede weitere PV-Freifläche** erhöhen den Druck auf Netze und Geldbörsen.

Die FPÖ steht an der Seite der Menschen in Niederösterreich: **Leistbarer Strom, sichere Versorgung, intakte Heimat – und echte Mitsprache der Bürger vor Ort.**

Blaue Seitenblicke

Punschabend



Unser geschäftsführender Gemeinderat Thomas „Josy“ Klima lud zum Punschabend – und alle kamen!

Kurz vor Weihnachten durften wir unsere erste Punschveranstaltung organisieren – und diese war ein voller Erfolg. Bei gemütlicher Atmosphäre konnten viele nette Gespräche geführt und auch neue Mitglieder begrüßt werden. Besonders erfreulich war der große Zuspruch aus der Bevölkerung. Die 6 kg regionaler Leberkäse sowie der Glühwein aus ortseigenen Weinen haben offenbar allen ausgezeichnet geschmeckt und für einen gelungenen Abend gesorgt.

Kinderfasching im Gasthof Novakovic

Auch unser erster Kinderfasching war ein voller Erfolg.

Über 100 Kinder und Erwachsene durften wir im Gasthof Novakovic begrüßen. Jedes Kind wurde mit einem Krapfen empfangen und bei Tanz, lustigen Spielen und Kinderschminken konnten wir gemeinsam einen fröhlichen und gelungenen Fasching verbringen.



Vorschau 2026

Hüpfburgentag (Ferienspiel)
Der Hüpfburgentag findet am 23.07.2026 im Prof.-Knessl-Park statt. Geplant ist die Veranstaltung von 10:00 bis 17:00 Uhr.

Punschparty 2026
Unsere nächste Punschparty findet am 12.12.2026 von 17:00 bis 22:00 Uhr in der Neubaugasse 6 statt. Wir freuen uns schon jetzt auf zahlreiche Besucher und einen gemütlichen Abend.



FPÖ

EINLADUNG ZUM

SPRITZERTAG

BEI „JOSY"

MITTWOCH, 13. MAI 2026

NEUBAUGASSE 6
2222 BAD PIRAWARTH

VON **17 UHR** BIS **21 UHR**

DONNERSTAG IST FEIERTAG – BESTE VORAUSSETZUNGEN FÜR EINEN GEMÜTLICHEN ABEND

Unser geschäftsführender Gemeinderat Thomas „Josy" Klima lädt herzlich ein, gemeinsam ein paar gemütliche Stunden zu verbringen – und vielleicht auch den einen oder anderen Spritzer mehr zu genießen.

FÜR DAS LEIBLICHE WOHL IST NATÜRLICH EBENFALLS GESORGT: LAUWARMER SCHWEINSBRATEN IN DER SEMMEL ODER AUFS BROT – DAZU SENF UND KREN.

KOMMT VORBEI, WIR FREUEN UNS AUF EUCH!

